

Diskurs und Politik – im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit

Ruth Wodak, Wiener Vorlesungen, 16. Februar 2015

Sehr geehrte Festgäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe
Freundinnen und Freunde!

Vielen Dank für die Einladung und die freundliche Einführung!

Im April 1946, noch unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges und der allseits gegenwärtigen Propaganda der beteiligten Nationalstaaten verfasste der bekannte britische Schriftsteller und Essayist George Orwell einen kurzen Aufsatz, der inzwischen zur Pflichtlektüre aller Sprachwissenschaftler geworden ist, die sich mit der Analyse politischer Kommunikation befassen: „*Politics and the English Language*“. Vieles, was Orwell in seinem Aufsatz und auch in den nachfolgenden Werken, wie *1984* oder *Animal Farm* damals als Fiktion beschreibt, ist heute Realität geworden. Ich zitiere eine berühmt gewordene Passage, die als Leitmotiv für meine heutigen Ausführungen gelten möge:

Folie 1 mit Übersetzung

“In our time, political speech and writing are largely the defence of the indefensible. Thus political language has to consist largely of euphemism, question-begging and sheer cloudy vagueness. [...]When the general atmosphere is bad, language must suffer. [...]. Phrases like *a not unjustifiable assumption, leaves much to be desired, would serve no good purpose, a consideration which we should do well to bear in mind*, are a continuous temptation, a packet of aspirins always at one's elbow.”

Orwell befasste sich vor allem mit der Sprache totalitärer Regime. Viele linguistische Verfahren, wie der Gebrauch von Euphemismen, des

Passivs, das zur Tilgung von Akteuren dient, und präventiver Fremdworte finden wir auch heute in der Politik, auch in demokratischen Systemen.

Heute fokussiere ich vor allem die von Orwell monierte intentionale *Vagheit* und das sogenannte „*Doublethink*“. *Vagheit* bezieht sich auf das in-die-Welt Setzen von schwammigen, wenn nicht sogar bedeutungsleeren Begriffen; *Doublethink* hingegen weist daraufhin, dass manchmal widersprüchliche Bedeutungen mit einem Begriff verbunden *und* akzeptiert sein können. In seinem Roman *1984* ist das „Ministry of Truth“ mit der Kontrolle und Verbreitung solcher Begriffe befasst, beispielsweise mit der Gleichsetzung von Gegensätzen, wie „WAR IS PEACE“ oder „IGNORANCE IS STRENGTH“. Die solcherart definierte Sprache heißt *Newspeak*.

Der kürzlich verstorbene argentinische Philosoph und Sprachtheoretiker Ernesto Laclau, der Jahrzehnte an der Essex University, UK, lehrte, machte ähnliche Beobachtungen in seinen berühmt gewordenen Schriften zur politischen Theorie, der „*Discourse Theory*“: Demnach sei „‘das Politische die Domäne von Konflikt und Kampf, des Zerstörens und Kreierens neuer und alter Bedeutungen.“

Laclau (und Chantal Mouffe) beschäftigten sich vor allem mit **umkämpften Begriffen**, mit Momenten der Krise (der sogenannten ‚dislocation‘), wo solche Bedeutungskämpfe offensichtlich werden und wo es darum geht, die Macht über die Begriffsdefinition zu erhalten und damit die hegemoniale Bedeutung zu definieren - also jene Bedeutung, die in der Öffentlichkeit Geltung besitzen soll. Beispiele dazu gibt es natürlich viele, wie etwa die Auseinandersetzungen um Konzepte wie *Demokratie* oder *Freiheit* über die Jahrhunderte hinweg. In diesen Auseinandersetzungen geht es darum, bestimmte vage Begriffe, die Laclau als ‚*floating signifiers*‘ bezeichnet, in ein kohärentes Narrativ, eine Ideologie oder Weltanschauung, in ein politisches Programm einzufügen.

Folie 2 mit Übersetzung

A floating signifier is an element who has not (yet) received a definite meaning, either because a process of dislocation has detached it from its traditional sedimented position or because various political forces seek to ascribe it meaning in radically different ways (Laclau and Mouffe 1985 [2001]:113, Andersen 2003:53-54).

Es geht also um einen Kampf der Bedeutungen wichtiger politischer Begriffe, die jeweils für ganze Gedankengebäude stehen und emotional besetzt sind; dies um eindeutig und überzeugend zu wirken, damit sie von vielen Menschen aufgegriffen werden.

Nach diesen sehr gerafften Hinweisen zu einigen Funktionen und Wirkungen des politischen Diskurses will ich mich drei zentralen Konzepten zuwenden, die – wie ich meine – heutzutage unser Denken vielfach bestimmen und in einem Spannungsfeld zueinander stehen, nämlich Neoliberalismus, Populismus und kritische Öffentlichkeit. Auch diese müssen, wenn ich nicht selbst dem Newspeak verfallen will, genauer definiert werden, da gerade *Neoliberalismus und Populismus* in vielen Zusammenhängen sowohl als positive Fahnenwörter wie auch als negative Zuschreibungen verwendet werden; in diesem Sinne können wir auch hier von umkämpften Begriffen sprechen.

Deshalb will ich versuchen, diese Konzepte in einigen ihrer – oft widersprüchlichen und doppeldeutigen Bedeutungen - zu hinterfragen, um mich dann – gewissermaßen in einer Fallstudie - einem neuen „floating signifier“ zuzuwenden, nämlich der gerade vielfach benützten und undefinierten „*Integrationsunwilligkeit*“. Anhand der Dekonstruktion der kurzen Karriere von „*Integrationsunwilligkeit*“ will ich empirisch aufzeigen, wie dieses undefinierte vage Konzept **sowohl neoliberal wie populistisch** vielfach in den Medien und in der Politik affektiv

aufgeladen wird und wie man es im Sinne einer **kritischen Öffentlichkeit** hinterfragen muss.

Wenn man an **Neoliberalismus** denkt, so fällt vielen sicherlich sofort der berühmte Satz von Margaret Thatcher ein, nämlich:

Folie 3 mit deutscher Übersetzung

“There is no such thing [as society]! There are individual men and women and there are families and no government can do anything except through people and people look to themselves first.

(<http://www.margaretthatcher.org/document/106689>)

Jeder ist also für sich selbst verantwortlich; und was man nicht schafft, liegt nicht an irgendwelchen Strukturen, sondern muss man sich selbst zuschreiben.

Diese Grundhaltung stammt natürlich aus der neoliberalen Ökonomie und wurde auf die Gesellschaft übertragen – die Idee eines selbst regulierenden Marktes, der nicht mehr in umfassende Sozialbeziehungen eingebettet ist (wie dies Karl Polanyi treffend beschrieb); die Idee eines selbst regulierenden Marktes ohne Intervention und Kontrolle staatlicher Institutionen. Wettbewerb und Leistung, ranking und benchmarks charakterisieren unseren Alltag in der sogenannten Wissensgesellschaft und knowledge-based economy (übrigens natürlich auch an den Universitäten).

Der Diskurs über Integration und Migration, beispielsweise, ist von solchen neoliberalen Versatzstücken charakterisiert und bewegt sich zwischen zwei Extremen: Migration soll entweder gestoppt werden, da MigrantInnen – so wird behauptet – unsere Gesellschaft und sozialen Einrichtungen ausnützen und unsere Arbeitsplätze wegnehmen, ohne

etwas beizutragen; oder: Migration ist willkommen, wenn es nachweisbare Leistungen gibt – also Integration durch Leistung! Es bleibt allerdings unklar, wieviel und was genau geleistet werden muss.

Der Diskurs ist ökonomisiert und wird unkritisch von vielen akzeptiert; es geht nicht um Menschen, sondern um finanzielle Vor- oder Nachteile für ‚unsere Gesellschaft‘. Das Nutzungsargument (oder –Topos) lässt sich vor allem seit den 1990er Jahren feststellen; früher, als sich die Debatte um die sogenannten Gasterbeiter drehte, wurden vor allem kulturelle Argumente ins Treffen geführt, wie beispielsweise, dass diese nicht ‚zu uns‘ passten; man hatte ja die Gastarbeiter quasi eingeladen, sie also geholt, weil sie bereit waren, niedrig bezahlte Arbeiten, die ‚wir‘ nicht machen wollten, zu übernehmen; und dann war man überrascht, als sie nicht einfach wieder verschwanden, sondern sich ‚bei uns‘ wohlfühlten und nieder ließen.

Heutzutage dreht es sich aber nicht um gewollte und eingeladene Fremde, sondern um andere, die ‚anders ausschauen‘ und die gekommen sind, ohne dass man sie holte. In diesem Fall sind, wie der britisch-polnische Soziologe Zygmunt Bauman pointiert behauptet, zwei Reaktionen zu beobachten: entweder die Aufnahmegesellschaft schluckt die Fremden (sie assimilieren sich); oder sie spuckt sie aus (sie assimilieren sich nicht).

Der ökonomistische Diskurs der Politik wird – wie ich schon vorher ausgeführt habe – affektiv aufgeladen und in **populistischer** Weise von unterschiedlichen Parteien und Positionen benutzt. Dazu muss ich aber betonen: **Jeder und jede PolitikerIn ist notwendigerweise populistisch, denn jede und jeder will ja viele ansprechen und für viele sprechen.** Populismus als solcher ist ein rhetorischer Stil, der den ‚kleinen Mann und die kleine Frau‘, das Volk, gegen die ‚da oben‘ stellt; eine Rhetorik, die sich an das Volk wendet und vorgibt, für das Volk zu sprechen.

Rechts- oder links populistisch wird eine solche Rhetorik nur dann, wenn sie mit ganz bestimmten Inhalten aufgeladen wird – etwa mit genauen Definitionen, wer nun das ‚echte Volk‘ sein soll, für das eingetreten wird; welche die genauen Ziele sein sollen, die anscheinend dem Volk am Herzen liegen, usw.

4. Folie mit den wichtigsten Topoi

Topos	Beschreibung
Topos des Volkes	Wenn das Volk eine Handlung will/nicht will, dann soll diese Handlung erfolgen/nicht erfolgen.
Topos von Recht und Ordnung	Wenn ich/wir die Macht haben, dann garantiere/n ich/wir für Recht und Ordnung
Kulturtopos	Weil die Kultur einer bestimmten Gruppe von Leuten ist, wie sie ist, entstehen spezifische Probleme in spezifischen Situationen.
Belastungstopos	Wenn eine Person, eine Institution oder ein "Land" durch spezifische Probleme belastet wird, dann sollten Maßnahmen ergriffen werden, um diese Belastung zu verringern.
Topos der demokratischen Mitbestimmung	Wenn ich/wir die Macht haben, dann wird das Volk demokratisch mitbestimmen.
Nutzen-Topos	Wenn eine bestimmte Handlung aus einer spezifischen Sicht als nützlich erscheint, dann sollte sie durchgeführt werden.

Im Falle der Integration/Migration bedeutet dies, dass genau definiert wird, wer ‚zu uns‘ darf, und ‚wer nicht‘; was ‚uns nützt‘ und was nicht; wovor man Angst haben muss, und wovor nicht; wer an was schuld ist; usw. Insofern können wir sowohl die ideologischen Versatzstücke des Rechts- wie Linkspopulismus relativ genau erkennen und analysieren.

Und schließlich muss ich noch den Begriff der **kritischen Öffentlichkeit** definieren: Ist ‚Pegida‘ eine kritische Öffentlichkeit? Die Indignados? Die Leute am Tahira Square? Ein Internet Forum? Vom Forum Romanum also zum Internet Forum? Wir sind ja mit vielen Öffentlichkeiten konfrontiert, auf der Straße, im Internet, im Web 2., und in den Medien.

Folie 5 Tahira Square, Pegida,

Unterschiedliche Öffentlichkeiten



Pegida Demonstration
Salzburg, 14. Februar 2015



Tahrir Platz
Kairo, Februar 2011

Ruth Wodak; Wiener Vorlesungen
15/02/2013

6

Das Auftreten Kritischer Öffentlichkeiten können wir zunächst auf die Aufklärung zurückführen, auf die sogenannte „Republik der Briefe“, im 17. und 18. Jahrhundert, wo Philosophen einander Briefe schrieben und in Dialog traten. Und Habermas lenkt unseren Blick auf das Erwachen aufmüpfiger bürgerlicher Öffentlichkeiten in den Kaffeehäusern, Salons und Geheimgesellschaften Europas im 18. und 19. Jahrhundert. Es dauerte lange, bis sich diese intellektuellen, geschlossenen Zirkel öffneten, beispielsweise Frauen gegenüber, und allen interessierten BürgerInnen, und nicht nur auf einige wenige beschränkt blieben.

Eine kritische Öffentlichkeit ist nicht jede Öffentlichkeit, sondern – ganz im Sinne der angesprochenen Tradition – eine, die einen offenen Austausch zulässt; die sich also nicht dogmatisch verschließt und jene, die anderer Meinung sind, diffamiert. Damit ist also meiner Meinung nach eine Öffentlichkeit, die die Medien als „Lügenpresse“ bezeichnet und Menschen mit anderen Meinungen als „Volksverräter“ titulierte, keine kritische Öffentlichkeit. Ihr fehlt die Fähigkeit zum offenen Austausch – nicht zuletzt auch über die eigenen Ansichten. Sind wir hier etwa mit *Newspeak* oder sogar *Oldspeak* konfrontiert?

Zum Abschluss meiner Überlegungen zum gegenwärtigen politischen Diskurs will ich Ihnen eine Diskursanalyse des Begriffs *Integrationsunwilligkeit* vorstellen – *Integrationsunwilligkeit* beherrscht momentan die Medien und die Politik, ein Begriff, der über viele Jahre von der FPÖ (gemeinsam mit *Integrationsverweigerung*) gebraucht wurde und nun in die politische Mitte gelangt ist, also im Sinne des deutschen Literaturwissenschaftlers Jürgen Link „normalisiert“ wurde, vom Mainstream angenommen wurde.

In rechts- wie linkspopulistischer Manier haben sich diverse PolitikerInnen des Begriffs bemächtigt, ohne ihn je zu definieren; er ist affektiv aufgeladen, denn jede und jeder verbindet damit notwendigerweise etwas Böses und assoziiert je nach Bedarf unterschiedliche, abzulehnende Verhaltensweisen von Fremden – ein geradezu ideales Beispiel für einen ‚floating signifier‘ und ein vages Konzept, das durchaus im Sinne von Orwells *Doublethink* ganz unterschiedlich definiert werden kann.

Integrationsunwilligkeit bietet sich also für alle möglichen Bedeutungen an. Wir haben im Zuge unseres FWF Projekts zur Österreichischen Identität 2015 ein umfassendes Corpus von 72 Artikeln aus den überregionalen österreichischen Tageszeitungen vom 20.01. bis 03.02. zusammengestellt und sowohl quantitativ wie qualitativ nach Frequenz und sogenannten *Kollokationen* untersucht. Kollokationen meint die genaue Analyse der jeweiligen Kontexte, in denen der Begriff auftaucht (vier Worte vor und vier Worte nach dem untersuchten Begriff).

Die 72 Texte erweisen vor allem die plötzliche Popularität der bisher selten gebrauchten Begriffe *Integrationsunwillige* (64) und *Integrationsunwilligkeit* (60) - gegenüber den schon länger im Umlauf

befindlichen Begriffen *Integrationsverweigerer* (15) und *Integrationsverweigerung* (21), sowie den besonders eigenwilligen *Desintegrationstendenzen* (1), *Ausländerintegration* (1), *Nichtintegration* (1) und sogar *Integrationsmuffel* (2). Der Fokus hat sich also von einer „Verweigerung“, die zumindest dem Konzept nach noch etwas tatsächlich Getanes oder nicht Getanes meint, hin zu einem „Unwillen“, auf den bestenfalls rückgeschlossen werden kann, verlagert.

Ordnet man die Verwendung der Begriffe konkreten SprecherInnen innerhalb der Domänen Politik und Medien zu (schließt also anonyme Postings etwa aus), so zeigt sich, dass diese bis zur aktuellen Debatte entweder von Vertretern bzw. Mitgliedern der FPÖ verwendet und zitiert werden (bis 2010 ausschließlich), danach zunehmend im Boulevard, und ab 2014 immer mehr im gesamten politischen Spektrum. Die Zuordnung des Begriffes zu SPÖ und ÖVP, bzw. konkreten Sprechern wie Bundesminister Sebastian Kurz, Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann Franz Voves, lässt sich mit der Analyse der Kollokate des Begriffes „integrationsunwillig“ verdeutlichen:

Folie 6 Kollokate

Kollokat	Frequenz
Strafen (einschl. Verwaltungsstrafen)	46
Schüler	25
SPÖ	20
ÖVP	17
Sozialdienst für	14
Vorgehen gegen	12
Strafrechtlich	10
Ahnden	10
Sanktionen	9
Eltern	6
Mangel (einschl. mangelnd)	5
Forderung	5
Tatbestände	4

Dabei zeigt sich, dass es in den Texten vorwiegend um **Geldstrafen** bzw. das **Bestrafen von Schülern und Eltern** geht, um ein **Vorgehen gegen**

etwas, das Ahnden von Mängeln, Sanktionen gegen jemanden bis hin zur Abschiebung, um Forderungen nach gesetzliche Bestimmungen und dergleichen mehr. Um Integration im positiven Sinne geht es in der aktuellen Debatte mit Sicherheit **nicht**. Definiert wird der Begriff auch nirgends und von niemandem. Die Word Cloud verdeutlicht die Dominanz der negativen Sanktionen, die mit „Integrationsunwilligkeit“ verbunden werden.

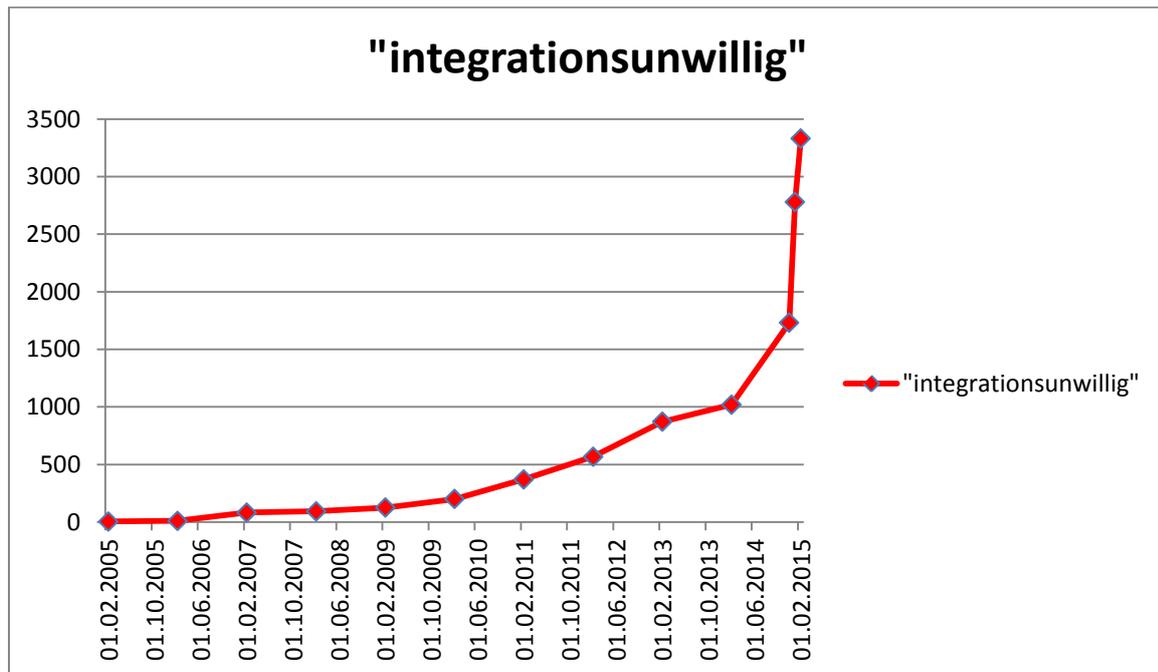
Folie 7 Word-cloud



Gerade in der emotionalen Vagheit wird der Begriff gefährlich: denn er dient nun dazu, manche ein- und andere auszuschließen, ohne dass klare und distinktive Kriterien angegeben werden können. Verfolgen wir die rezente Debatte, so erweist sich, dass der Begriff unmittelbar nach den schrecklichen Anschlägen in Paris am 7.1. 2015 seinen Höhenflug in der österreichischen Politik beginnt und sich vor allem auf das Feld der

Schule bezieht. Auch zeigt sich, dass der Begriff erst dann, als er in der „Mitte“ angekommen ist, also „normalisiert“ wurde, indem er von SPÖ und ÖVP-Politikern aufgegriffen wurde, im Diskurs eine nennenswerte Verbreitung finden konnte.

Folie 8 Timeline



Mehrere Lesarten und Erklärungen bieten sich an: Der bevorstehende Wahlkampf in der Steiermark und im Burgenland. Und gleichzeitig ein geschicktes Kanalisieren von Ängsten und damit zusammenhängender Debatten nach Charlie Hebdo auf den Bildungsbereich und potentielle Attentäter.

So lässt sich zunächst einmal folgende stillschweigende Argumentation aus den Daten und ihrer Analyse erschließen: Um einen solchen schrecklichen Anschlag zu verhindern, müssen potentielle Täter früh genug erkannt werden, also noch in der Schule. Potentielle Täter werden wahrscheinlich schon als Jugendliche auffällig – und zwar, in dem sie sich nicht an die gängigen Konventionen halten, also nicht richtig

grüßen, nicht in die Schule kommen oder nicht schwimmen gehen wollen. Sie sind eben „integrationsunwillig“. Sowohl neoliberale wie rechts-populistische Argumente sind zu finden: so wird argumentiert, dass unsere Gesellschaft ausgenutzt und bedroht wird.

Der nächste argumentative Schritt lautet dann: Wenn man „integrationsunwillig“ ist, dann soll man nicht in Österreich verweilen dürfen. Damit werden Jugendliche, die möglicherweise sozialisationsbedingt sexistische Einstellungen besitzen, in einem Fehlschluss direkt der Gruppe potentieller Täter zugeordnet (**wobei, das muss betont werden, nicht nur pubertäre männliche Migranten sexistische Einstellungen besitzen**).

Ein solcher **argumentativer Kurzschluss** – nämlich die Konstruktion eines **kausalen Zusammenhangs** zwischen ‚integrationsunwilligen‘ sexistischen Jugendlichen und potentiellen Attentätern – verhindert nicht nur ein Nachdenken über die vielen anderen Ursachen von Radikalisierung; er verhindert auch ein Nachdenken über konstruktive Möglichkeiten der Integration von Jugendlichen aus anderen Kulturkreisen. Und er stigmatisiert in rechts-populistischer Weise eine spezifische Gruppe, konstruiert rasch einen Sündenbock. Sündenböcke dienen, wie wir aus der Geschichte nur allzu genau wissen, in einer simplistischen Weise der schnellen und einfachen Schuldzuschreibung für komplexe, unerklärte Phänomene.

Doch auch **kritische Öffentlichkeiten** konstituierten und artikulierten sich in den letzten Tagen. Zu ihren Stimmen gehören einige NGOs (SOS Mitmensch), Die junge SPÖ, Bürgermeister Häupl (übrigens auch im Wahlkampf), die Grünen, der Geograph und Migrationssoziologe Heinz Fassmann, und einige BildungsexpertInnen. Allerdings kamen letztere wesentlich weniger in der Öffentlichkeit zu Wort: Hier kann man

deutlich die Rolle der Medien bei der selektiven Berichterstattung festmachen.

Bisher ist also kein adäquater sachlicher Austausch der Politik mit diesen kritischen Öffentlichkeiten in wahrnehmbarer Weise (außer in polarisierten und polarisierenden Fernsehdebatten) erfolgt.

Ich selbst wünsche mir als Sprachwissenschaftlerin, ganz im Sinne von Orwell, dass wir nicht in die Falle eines *Newspeak* gehen: eines Diskurses, wo leere, emotional aufgeladene Begriffe anstelle inhaltsreicher Politik stehen. Vielmehr sollten wir anstelle von Schuldzuweisungen und argumentativen Fehlschlüssen versuchen, **die komplexen Zusammenhänge eindeutig zu benennen; und verschiedene Sachverhalte, die fälschlicherweise verbunden werden, getrennt zu behandeln.**

Es geht um soziokulturelle Unterschiede einerseits, die besprochen und verstanden werden müssen. Dass dies gelingen kann, zeigen internationale Modelle, wie in Berlin, Südafrika oder Schweden, auf. **Anstelle von „Integrationsunwilligkeit“ könnte man beispielsweise von „soziokulturellen Unterschieden“ sprechen.**

Andrerseits geht es darum, **Ursachen von Radikalisierung** (von Jugendlichen aus ganz verschiedenen sozialen Schichten) zu erkennen und auch zu beseitigen, einer perspektivenlosen Jugend Alternativen anzubieten. Dies ist aber ein ganz anderes Thema!

Ich danke Christian Ehalt, dass er uns allen den Raum für eine kritische Öffentlichkeit bietet – einen Raum, wo Hinterfragen, Diskussion und Austausch Wirklichkeit geworden sind.

